Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.)

V. Legislatur-Periode. 4. Session.

6. Sitzung vom 15. März 1884.

Am Tische des Bundesraths: Fürst Bismarck, v. Boetticher.

Präs. v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit einigen geschäftlichen Mittheilungen.

Die Uebereinkunft mit Luxemburg wegen gegenseitiger Zulassung der in den Grenzgemeinden wohnhaften Medizinalpersonen zur Ausübung der Praxis passirt ohne Diskussion die dritte Lesung.

Das Haus setzt sodann die erste Berathung über die Unfallversicherungs-Vorlage fort.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Es kann nicht meine Absicht sein, heute schon der Spezialdebatte vorzugreifen, wohl aber will ich den prinzipiellen Standpunkt der verbündeten Regierungen skizziren und dabei an die bisher hier von den einzelnen Rednern vorgebrachten Argumente anknüpfen. Abg. v. Vollmar hat bedauert, daß die hochfliegenden sozialistischen Pläne der ersten Vorlage fallen gelassen sind. Meine Herren! Das ist nur scheinbar der Fall. Von den drei Vorlagen ist keine vollständig fallen gelassen worden, sondern nur zurückgelegt. Der Staatsminister v. Boetticher hat uns gestern und vorgestern auseinandergesetzt, daß man in der Vorlage nicht alle Berufszweige berücksichtigen will, sondern daß in der Gegenwart wenigstens etwas auf diesem Gebiete erreicht werden soll. Diese Beschränkung ist durch die Betrachtung geboten, daß je weitergehende Zwecke wir durch unsere Vorlage erreichen wollen, desto größere Schwierigkeiten sich in der Praxis einstellen würden, und desto größerer Widerspruch auf der einen oder auf der anderen Seite wachgerufen würde. Wir haben dabei auch die Absicht die vielen Mängel, die sich an das Haftpflichtgesetz knüpfen und die schon lange empfunden werden, zu beseitigen. Abg. Bamberger hat gestern die Vorlage der Regierung mit dem Werke eines Schusters verglichen, mit den Stiefeln, die vor der Annahme zuerst geprüft werden, ob sie passen oder nicht passen. Im ersteren Falle empfange der Schuster nicht nur den Lohn sondern außerdem noch den Dank. Ich will hier nicht die Berechtigung dieses Vergleiches prüfen, ich möchte blos auf Herrn Bamberger den Anspruch erheben, daß er mein Mitschuster sei, und daß er nach Kräften mithelfe dafür zu sorgen, daß im Volke niemand barfuß gehe und daß auch in diesem vorliegenden Gebiet passende Schuhe gemacht werden. Der Abg. v. Vollmar ist dann auf die Sache übergegangen und sprach die Ansicht aus, daß es so aussehe, als ob wir die Vorlage nur eingebracht hätten, um eine Gewähr für das Durchgehen des Sozialistengesetzes zu haben. Bei der Abfassung des Sozialistengesetzes waren sowohl die verbündeten Regierungen als die Majorität des Reichstages darüber einig, daß die ernsthafte Bemühung das Schicksal der arbeitenden Klassen zu bessern, Hand in Hand mit dem Sozialistengesetze gehen müsse. Wenn Sie sich nicht entschließen können, die Lage der Arbeiter zu verbessern, dann müssen sie auch das Sozialistengesetz ablehnen. Das Parlament hat ja das Recht, durch sein Veto die Gesetzgebung zu hindern, aber ich meine, daß Sie in dem Maße als Sie Ihre Mitwirkung bei einem Gesetze versagen, dessen wohlwollende Absichten Jedem aus dem Volke einleuchten, in dem Maße Ihren Ernstfall schwächen. Ich bin in keiner Weise für absolutistische Regierung, ich halte dafür, daß das Parlament mitwirkt. (Bravo!) Das Parlament soll die Uebel und Gefahren, die die monarchische Regierung mit sich bringt, verhüten. Sie können durch Ihr Veto sich der Regierung entgegenstellen, aber regieren, das können Sie nicht. Ich bin kein Parteimann und ich hege die Befürchtung für die Zukunft, daß vielleicht, was die verbündeten Fürsten und die Dynastie Preußen geschaffen haben, durch die Zerrissenheit der Parteien und durch die Macht der Presse wieder auseinander geht. Ich will meinerseits die Berechtigung des Reichstags nicht antasten, aber wir sind mit dieser Zerrissenheit der Parteien auf dem besten Wege, die dominirende Stellung, die wir in Europa augenblicklich einnehmen, zu verlieren. Ich habe die Gründe auseinandergesetzt, die uns zur Beschränkung veranlaßt haben, ich will aber, wenn das Gesetz zur Annahme gelangt, daß es sofort auf die Bauhandwerker und die Landwirthschaft ausgedehnt werde. (Beifall.) Politik ist keine Wissenschaft, sondern eine Kunst, ich möchte doch die Herren, die so sehr kritisiren, bitten, Ihre Fähigkeit zu etwas mehr als zur bloßen Negation zu benutzen und daran erinnern, daß der Reichstag auch die Initiative zur Gesetzgebung hat und daß Sie Ihrerseits doch auch etwas mehr in dieser Hinsicht thun möchten und nicht abwarteten, bis man Ihnen etwas mundrecht macht, so daß Sie es thun können. Es wird schließlich dahin kommen, daß sich das Volk sagen muß, die Regierung giebt sich Mühe, auf diesem schwierigen Gebiete irgend etwas zustande zu bringen, sie findet aber an dem Reichstage keine Stütze. Alles wird verworfen. Da die Regierung ihrerseits, um vorwärts zu kommen, die nöthige Unterstützung bedarf, so wird es vielleicht nöthig sein, wenn die Vorlage in ihrer jetzigen Fassung wieder abgelehnt wird, dieselbe in noch kleinerem Maße zu stellen und die Anforderungen bis auf ein Minimum herabzusetzen. Der Abg. Bamberger hat seine Bedenken gegen die Vorlage ausgesprochen, ich bin aber im Namen der verbündeten Regierungen dafür, daß die Vorlage nicht zur Erziehung hoher Zinsen und Dividenden geschaffen ist sondern zum Wohle der arbeitenden Klassen dienen soll, und dahin mögen wir es bringen, soweit wir es können. Bei Gründung von Privatgesellschaften halte ich es für durchaus nicht unmoralisch und unnatürlich, daß diese Gesellschaft die Verzinsung ihrer Kapitalien erstrebt, etwas anderes aber ist es im vorliegenden Falle. Es fragt sich dabei, ob der Staat die Pflicht hat, die Arbeiter vor Unfällen zu schützen, oder ob er sie dem Zufall überlassen soll, bis diese eine Aktiengesellschaft findet, die diesen Zweck erfüllt und von ihnen so hohe Beiträge verlangt, als es nur möglich ist. Hat der Staat die Pflicht, für seine hilfslosen Mitbürger zu sorgen oder nicht? Ich behaupte, er hat die Pflicht und zwar nicht blos der Staat, sondern jede Kommune für ihre Angehörigen. Diejenigen Zwecke, welche ein Einzelner erfüllen kann, wäre es Thorheit der Allgemeinheit zu übergeben. Es giebt aber Zwecke, die nur der Staat in seiner Gesammtheit erfüllen kann. Es giebt zwar auch Staaten, welche sich vom Sozialismus ganz fern halten, wo Armengesetze gar nicht existiren. Ich erinnere z. B. daran, daß in Frankreich jeder Staatsbürger das Recht hat zu verhungern und daß der Staat nicht das Recht hat ihn daran zu hindern. Wir halten dagegen an der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung fest, an deren Berechtigung und Zweckmäßigkeit heutzutage niemand zweifelt. Der Staat darf diese Grundsätze nicht an Pächter vergeben, die jedenfalls nicht nach Maßgabe der Wohlthätigkeit verfahren. Wer das verwirft, muß auch die Stein-Hardenberg'sche Gesetzgebung verwerfen. Einerlei, ob diese Theorie Anklang findet oder nicht, ich frage nur darnach ob ich Erfolg habe oder nicht. Der Reichstag ist für seine Abstimmung verantwortlich, nicht ich. Wenn aber der Reichstag anderer Meinung ist, so will ich das nicht als Niederlage der Regierung betrachten. Wenn das Gesetz, welches Sie ablehnen, wirklich gut ist, dann wird das Zeugniß der Geschichte nicht schweigen. Ist es fehlerhaft, so haben Sie ein schlechtes Gesetz verhindert. Herr Bamberger hat mir vorgeworfen, ich hätte jede Opposition für verwerflich erklärt. Das ist nicht meine Meinung; damit dürfte doch wohl zu viel gelagt sein, und Herr Bamberger wird wohl einsehen, daß er mir Unrecht gethan hat. Im Anfange seiner Rede wäre er übrigens der Aufrichtigkeit und den verbündeten Regierungen es schuldig gewesen, entweder ganz einfach nein zu sagen oder seine Gründe klar und deutlich zu entwickeln. Die Sache ist nicht so leicht und läßt sich bei den verwickelten Schwierigkeiten der Dinge nicht ohne weiteres lösen. Machen Sie es doch besser und einfacher. In diesem Falle dürfte wohl eine Aktiengesellschaft mit Dividenden herauskommen. Der Abg. Bamberger hat die Vorlage als etwas ganz neues bezeichnet. Die ganze parlamentarische Bewegung hat seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die in ihr enthaltenen Grundsätze zum Ausdruck gebracht, aber die politischen Parteien haben es allmälig so weit gebracht, daß man jetzt mehr wie bisher Interessenpolitik treibt. Sie müssen nicht glauben, daß der beste Redner der geschickteste Verleter sei. Meines Erachtens liegt der Hauptgrund der Existenz der Sozialdemokratie darin, daß der Staat nicht selbst Sozialismus genug hat. Der Abg. v. Vollmar hat in seinem Resumé ebenso wie Bamberger zugegeben, daß die Sozialdemokratie überhaupt im einzelnen Staate nicht verwirklicht werden könnte, sondern allgemeine internationale Zwecke verfolgt. Ich glaube dieses auch. Aber bis dieses realisirt wäre, müßte doch in dem großen Zeitraum bis dahin ein modus vivendi gefunden werden. Abg. Bamberger hat auch geäußert, daß er, v. Vollmar und die Sozialdemokraten auf einem andern Standpunkt stehen als die verbündeten Regierungen und auch geschickter seien. Nun ich erkenne ja an, daß die beiden Abgeordneten klüger sind als die gesammte Regierung. Aber wir sind einmal nicht klüger. Ferner hat der Abg. Bamberger gesagt, daß die in der Vorlage angegebene Organisation mit den Grundsätzen der politischen Freiheit unvereinbar sei. Da sprach er die Worte: Folgst Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt. Nun, meine Herren, daß die Freiheit in Wirklichkeit darunter leidet, das kann niemand behaupten, aber hier ist Freiheit in einem andern Sinne gebraucht. Meiner Ansicht nach verlangen Sie Freiheit für sich, aber nicht für andere. Sie verstehen unter Freiheit Sozialherrschaft. Unter Freiheit der Rede verstehen sie die Herrschaft der Redner, unter Freiheit der Presse die Herrschaft der Redaktionen, unter Freiheit der Kirche die Herrschaft der Priester. Hier ist das Wort Freiheit zumeist gleichbedeutend mit Unduldsamkeit und Herrschsucht. Ich traue dem Worte nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß eine Fraktion sich ausschließlich als freisinnig zu bezeichnen berechtigt ist. Konservativ sind einige Parteien, einige nicht, aber freisinnig glauben wir alle zu sein. Abg. Bamberger hat sich nachher gegen die Umlage im allgemeinen geäußert und mich verpflichtigen uns an der Zukunft. Ganz das umgekehrte Bedenken hege ich, wenn wir die ganze Last übernehmen wollten, würden wir uns verlüdigen. Ferner sagte Herr Bamberger, das Gesetz sei nur ein lückenhaftes Gesetz. Diese Beschuldigung ist unbillig und auch die ungeheuerliche Ueberbürdung der dazu nöthigen Summe — bis in die Millionen hinein, selbst das wäre noch zu klein — ist hinfällig, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das ganze Reich der Leistung einer solchen Summe fähig ist. Das Vorgehen des Abg. Bamberger ist in der That nicht ein kaiserfreundliches, und ich möchte ihm empfehlen, in den Ausdrücken, mit welchen er die ihm entgegengesetzten Meinungen charakterisirt, etwas milder zu sein und nicht von politischen Schrullen der Regierung zu sprechen,

die Vorlage führe uns in's Dunkle und Ungewisse — ein Vorwurf, der gar keine Berechtigung hat, denn Aehnliches, wie es hier gewünscht wird, ist doch bereits in den Knappschaftsvereinen geleistet worden. — Abg. v. Vollmar hat diese dritte Vorlage als schlechteste, die erste als beste bezeichnet. Ja, aber die erste Vorlage hat der Reichstag doch abgelehnt, die Regierung mußte doch eine neue Vorlage bringen. Für mich ist, abgesehen von der ersten, diese dritte Vorlage die beste — die zweite war für mich unannehmbar, denn in ihr war nach lokalen Gesichtspunkten vieles zusammengebracht, was nicht zusammengehörte. — Nicht einverstanden in dieser neuen Vorlage bin ich erstlich mit den Arbeiter-Ausschüssen. Mit einem berartigen Organ würde man nur Einflüsse schaffen, welche das gute Verhältniß zwischen Arbeiter und Arbeitgeber schädigen. Die Mitheranziehung der Vorstäßen halte ich für überflüssig und höchstens als fakultativ zulässig, wo es an genügenden Organisationen fehlt. — Ohne Kompromiß wird diese Vorlage nicht Annahme finden werden. Ich hoffe, daß man auf allen Seiten bemüht sein wird, diese Vorlage zum Gesetze zu machen.

Abg. Dr. Buhl: Der Reichskanzler hat heute unsere Thätigkeit so abfällig kritisirt, daß ich doch noch das Wort nehmen muß. Der erste Entwurf ist vom ganzen Hause abgelehnt, der zweite von dem rechts stehenden Abg. Leuschner zerfleischt worden, und gegen den dritten Entwurf sind auch von der rechten Seite so große Bedenken vorgebracht worden, daß für die Annahme der Vorlage wirklich ein günstiger Stern und ein großes Entgegenkommen der Regierung nöthig erscheint. — Ich kann mich nur den Wünschen derer anschließen, welche die Miteinbeziehung der Bauarbeiter in die Vorlage fordern. Die Verbindung der Krankenkassen mit dieser Vorlage halte ich für sehr erfreulich, aber die Karrenzzeit darf deshalb noch nicht auf 13 Wochen ausgedehnt werden. Denn welchen Eindruck sollte es auf die Arbeiter machen, wenn im ersten Jahre mehr aus den Krankenkassen der Arbeiter als aus den Organisationen, die diese Vorlage geschaffen, die Unterstützungen gezahlt werden sollen. — Die allzu große Ausdehnung der Berufsgenossenschaften durchbricht wieder den Gedanken dieser Institution und macht diese undurchführbar. Redner sucht dies durch Vorführungen von Daten aus der Berufsstatistik eingehend nachzuweisen. — Sehr mißlich ist auch die Stellung der Genossenschaftsvorstände, wie sie die Vorlage feststellt, und dieser Punkt wird, wie ich glaube, manchelei Bedenken und Gegnerschaften ausgesetzt sein. Für die Erhaltung der Versicherungsaktiengesellschaften spricht vor allem ein Grund, der noch gar nicht geltend gemacht worden ist: durch die Erhaltung der Versicherungsgesellschaften wird den von der Vorlage ausgeschlossenen Berufszweigen die einzige Möglichkeit einer Versicherung gegeben! (Sehr gut! links.) — Ich will darauf aufmerksam machen, daß dieses Gesetz viel schwieriger ist, als das Krankenkassengesetz und doch haben sich dem Krankenkassengesetz in der Praxis größere Schwierigkeiten entgegengestellt, als wir geglaubt hatten. Wir müssen deshalb umsomehr auf eine möglichst praktische Ausarbeitung dieser Vorlage hier Werth legen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Hirsch: Die Verpflichtung zur Unterstützung der Arbeiter haben die Unternehmer — darin sind wissenschaftliche Autoritäten und die Mehrzahl der Industriellen einig. Leider sind gerade viele reiche Industrielle bemüht, die Unterstützungslast auf den Staat abzuwälzen und deshalb ist es auch gekommen, daß diese Vorlage mehr zu Gunsten der Arbeitunternehmer als der Arbeiter gemacht zu sein scheint. Ich habe sehr bedauert, daß Abg. v. Hertling die Karrenzzeit von 13 Wochen bewilligen will. Trogen denn die Arbeiter nicht ohnedies schon die Kosten, da sie doch nur ⅔ ihres Lohnes als Entschädigung erhalten sollen? Die Krankenkassen würden durch diese Karrenzzeit den Keim der Zerstörung erhalten, sie würden dadurch zu Grunde gehen. Dadurch würde es auch dazu kommen, daß oft selbst die geringe Unterstützung von ⅔ des Lohnes während der ersten 13 Wochen, also gerade während der gefährlichsten Zeit, nicht voll zur Auszahlung kommen könnte. — Bei dieser Vorlage hätte man uns doch wenigstens mittheilen müssen, wie hoch sich die Altersversicherung belaufen soll. Eine ernsthafte Berechnung hat gezeigt, daß hierzu mehr als 300 Millionen Mark erforderlich sein werden, wozu dann als nothwendige Konsequenz noch die Unterstützung der Wittwen und Waisen kommen muß — im ganzen würden 1000 Millionen Mark nöthig sein. Ich will aber nur die Hälfte annehmen — woher sollen diese 500 Millionen Mark genommen werden, wenn nach den Motiven dieser Vorlage die Industrie schon die 14 Millionen Mark für diese Unfallversicherung zu tragen nicht im Stande sein soll? — Da ich aus ca. 700 Bezirken die Lohnstatistik erhalte, kann ich bezeugen, daß eine Lohnsteigerung, wie sie neulich Abg. Oechelhäuser angegeben hat, keineswegs besteht. Um einer rosigen Täuschung entgegenzutreten, muß ich dies konstatiren und davor warnen, das vorhandene soziale Elend zu übersehen. Während man aber die Arbeiter, die armen Enterbten, durch die Vorlage schützen will, entlastet man durch das Umlageverfahren die Industrie und schafft nicht ein Gesetz zum Vortheil der Armen, sondern der wohlhabenden Großindustrie. Wenn ferner bestimmt ist, daß von Fabrikanten explosiver Stoffe nur ein Viertel des angerichteten Schadens genommen werden soll, so bedeutet dies wieder eine Belastung der Steuerzahler zu Gunsten der Großindustrie. — Die grundlegenden Fundamente für die Verhütungsmaßregeln dürfen nicht den Betriebsgenossenschaften überlassen bleiben, sondern müssen gesetzlich allgemein festgestellt werden, da die Vorlage keine Sicherheit darüber giebt, daß die Betriebsgenossenschaften irgendwie ihre Pflicht thun werden. — Abg. Frhr. v. Hertling hat sich gegen die bureaukratische Einmischung des Reichsversicherungsamtes erklärt. Ich meine, daß vor allem die Zwangsgenossenschaften fortfallen müssen. Die Arbeiter, für welche das ganze Gebäude des Gesetzes ja doch bestimmt ist, sind nur in einen Nebenraum, in den Arbeiterausschuß, verwiesen. Man hat die freien Kassen zwar zu Trägern der Kosten gemacht, ihnen aber — da der Reichskanzler heute ja auch dem Worte „frei" den Krieg erklärt — jede Mitwirkung ihrer Mitglieder entzogen. Es zeigt sich, daß die jetzige Stellung der Regierung zu den freien Kassen nicht mehr die wohlwollende ist wie früher; ich hoffe im Interesse des sozialen Friedens wird die Regierung bald ihre frühere Stellung wieder einnehmen. — Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkte, daß wir endlich diese große Aufgabe zu lösen suchen. Wir suchen nicht die Freiheit der Herrschaft, denn wir treten auch ein für die Gleichheit. Freiheit und Gleichheit sind aber durch diese Vorlage gefährdet und deshalb werden ich und meine Freunde für die Vorlage in ihren Grundzügen nicht stimmen können. Wir werden aber an ihrer Durchberathung mitarbeiten und mitwelfen, daß das Interesse der Arbeiter dabei berücksichtigt werde. (Beifall links.)

Abg. v. Alten-Linden (Centrum) (auf der Journalistentribüne meist unverständlich) empfiehlt den zu wählenden Mitgliedern der Kommission, daß sie bei Berathung der Vorlage von ihrem Parteistandpunkte aus Konzessionen zu machen bereit sein sollten.

Die Diskussion wird geschlossen und die Vorlage entsprechend dem gestrigen Antrage des Abg. v. Hertling einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.

Tages-Ordnung: Denkschrift über die Ausführung der seit 1875 erlassenen Anleihegesetze, Novelle zum Hilfskassengesetz.

Schluß 4 Uhr.

Prozeß Schenck.

V. * Wien, 15. März.

Zu dem Bericht über die Verhandlung des Falles Josephine Timal ist noch folgendes aus dem Verhöre zu erwähnen: Als der Präsident an Hugo Schenk die Frage richtete, ob er unter den Koffern auf dem Tische auch den der Timal erkenne, antwortete Schenk mit größtem Gleichmuth: „Mir scheint, der große wird es schon sein!" — Als Schlossarek erzählte, wie er die Betäubte und Gebundene ins Gewatterloch gestürzt habe, bemerkte Schenk: „Das war im voraus meine Bedingung; ich lege nie Hand an; das sollte Schlossarek's Arbeit sein; das übrige arrangirte ich!" — Auf die Frage, in welcher Entfernung er bei dem Akte sich gehalten, meint Schenk: „So weit wie von meinem Platze hier bis zur Wand dort!" — „Ob er nichts gehört habe?" — „So etwas wie einen Schlag!" — „Wie viel Uhr es gewesen?" — Schenk (zuvorkommend): „Das ist mir schwer, bestimmt anzugeben, es war eben schon finster!" Von der Beute habe er Schlossarek genau die Hälfte gegeben „nach Abzug der Spesen!" Im ganzen Verhör erzählte Hugo Schenk mit sauber gefügten Sätzen, mit behaglicher Detail-Schilderung und höflichem Tone sein furchtbares Wirken; er sprach wie ein Mann, welcher zeigt, daß er die verwickeltsten Geschäfte in genauer Erinnerung hat.

Auf den vorgestrigen ruhigen Verlauf der Sitzung war jedoch gestern ein stürmisch bewegter Tag mit aufregenden Zwischenfällen aller Art gefolgt. Als Schlossarek neue brandmarkende Mittheilungen über Schenk machte, als der Präsident auf sein abwehrendes Lächeln mit einer vernichtenden Apostrophe antwortete, da schwieg Hugo Schenk anfangs. Aber während der Unterbrechung der Sitzung mochten Erbitterung und Grimm, die unter seinem gelassenen Wesen schlummerten, einen Entschluß in ihm hervorgerufen haben. Und als die Verhandlung wieder eröffnet wurde, gab er dem Zorn und der Gereiztheit unumwunden Ausdruck. Wenn schon keine Hoffnung für ihn vorhanden war, so wollte Schenk wenigstens sein Inneres nicht verschließen, wollte Worte des Trotzes aussprechen, wollte verweigern, weitere Rechenschaft zu geben. Noch beherrschte ihn ja auch der Unmuth über eine peinliche Disziplinarstrafe, die er vorgestern erlitten. Nun giebt das Gesetz dem Angeklagten ausdrücklich das Recht, jede Antwort abzulehnen. Es mußte ihm also gestattet werden, zu schweigen. Desto mehr aber theilte nun der Präsident mit. Man erfuhr, daß er in stolzer Selbstgefälligkeit seine Memoiren geschrieben; man hörte, daß er in seiner Verzweiflung den Versuch gemacht, von seiner Geliebten Gift zu erlangen, daß er aber auch noch bei dem Scheiden aus dem Leben sich die Befriedigung seiner Eitelkeit gönnen wolle. Der Präsident ließ seine Aussage aus der Untersuchung vorlesen und bernahm seine Mitangeklagten. In der Zwischenzeit nun hatte sich wieder bei Schenk die Hoffnung leise eingeschlichen, die keinen Menschen ganz verläßt, die Hoffnung nicht auf das Urtheil, aber auf die Entscheidung, die auch nach dem Urtheil möglich ist. Und so war er plötzlich wieder umgewandelt und beantwortete wieder jede Frage und ließ alle Charakterisirung über sich ergehen, mit der ihn der Präsident von Zeit zu Zeit bedachte.

Wir gehen nun auf die einzelnen Fälle ein, wie sie sich nach der Anklage darstellen, zunächst auf den Mord an Katharina Timal. Den Verkehr zwischen Hugo Schenk und Josephine Timal hatte Katharina Timal, welche sich in Budweis aufhielt, erfahren. Hugo Schenk und Karl Schlossarek fürchteten einerseits, daß der Mord an Josephine Timal entdeckt werde und hofften andererseits auf gute Beute, da sie erfahren hatten, daß Katharina Timal Vermögen besitze. Hugo Schenk und Schlossarek beschlossen, die Katharina Timal zu ermorden und zu berauben. Hugo Schenk telegraphirte ihr und setzte einem Briefe, welchen noch Josephine Timal als Vermählungsanzeige an Katharina Timal gerichtet hatte, die Einladung bei, gewiß zu kommen, da er ein kleines Gut bei Pöchlarn geerbt habe, auf dem sie das Hauswesen leiten sollte. Katharina Timal kam nach Wien, wurde von Hugo Schenk auf dem Franz-Joseph-Bahnhofe erwartet, ins „Hotel Fuchs" in Fünfhaus gebracht, wo sie übernachtete und wo sich Hugo Schenk noch überzeugte, daß sie einen Handkoffer und ein Sparkassenbuch habe. Noch am selben Abend wurde zwischen Hugo Schenk, Schlossarek und Karl Schenk, der diesmal thätig eingreifen sollte, der Mordplan ausgeheckt. Diesem zufolge fuhren Schlossarek und Karl Schenk nach Pöchlarn voraus, Katharina Timal und Hugo Schenk, die mit dem Nachtzuge ankamen, wurden von den ersteren erwartet und auf der Straße von Pöchlarn nach Krummußbaum eine Begegnung arrangirt. Es war Mitternacht. Die drei Männer eskortirten die ahnungslose Katharina Timal. Auf einmal, nachdem Hugo Schenk das früher verabredete Zeichen gegeben hatte, fielen Schlossarek und Karl Schenk über die Timal her, warfen sie zu Boden, hielten sie an Händen und Füßen, während ihr Hugo Schenk mit seinem Taschenmesser den Hals bis an die Wirbelsäule durchschnitt. Der Leichnam wurde, mit einem Steine beschwert, in die Donau versenkt, später aber aus Ufer getrieben und aufgefunden. Die drei Mörder gingen, nachdem sie sich der Habseligkeiten der Katharina Timal bemächtigt hatten, nach Pöchlarn, wo Hugo Schenk, weil er kein Baargeld besaß, den Handkoffer der Timal, dem er das Sparkassenbuch entnommen hatte, beim Stationsvorstande für ein Fahrbillet versetzte, während Karl Schenk und Schlossarek ohne Karte nach Wien fuhren. In Wien wurde das Sparkassenbuch der Timal per 1200 fl. behoben und getheilt; 100 fl. erhielt Karl Schenk, der Rest fiel Hugo Schenk und Schlossarek zu. Ebenso erfolgte die Theilung der Effekten.

Der nächste zur Verhandlung gelangte Fall ist die Ermordung der Theresia Ketterl. Wir haben schon diesen besonders raffinirten Fall, in welchem die Ketterl sich selbst erschoß, s. Z. ausführlicher mitgetheilt. Schenk sagt darüber folgendes aus:

Obwohl er die Ketterl in den Wald gelockt hatte, um sie zu ermorden, will er auf einmal im entscheidenden Momente — es war eben einmal im Walde gehalten, der mitgebrachten kalten Küche und dem Wein zugesprochen worden, — den Muth verloren haben, selbst Hand anzulegen. Hugo Schenk behauptet nun, auf eine List verfallen zu sein, welche die Ketterl veranlaßte, sich selbst zu erschießen. Er spielte ihr den angeladenen Revolver in die Hände und veranlaßte sie, denselben scherzweise gegen ihren Kopf abzudrücken. Die Ketterl sah, daß dies gefahrlos sei. Er entfernte sich dann eine kleine Weile, lud rasch heimlich den Revolver, brachte das Gespräch wieder auf die Schießversuche, veranlaßte die Ketterl, noch einmal den Revolver an die Schläfe zu setzen und loszudrücken. Der Schuß ging los und Theresia Ketterl sank todt nieder.

Der Gewinn war diesmal ein reicher. Die Sparkasse-Einlagen, die Schenk behob, betrugen 364 fl. 11 kr., der Erlös der beim „Merkur" verkauften Werthpapiere 1200 bis 1400 fl. Auch die Pretiosen, von denen Hugo Schenk einen Theil seiner Geliebten Emilie Höchsmann schenkte, waren werthvoll. Nach dieser Mordthat unternahm Schenk mit der Höchsmann und deren Schwager Voigt eine Reise nach Stettin, wo sich Voigt von einem Theile des Geldes der Ketterl, ohne Kenntniß der Provenienz, ein Blumengeschäft einrichtete. Als Schenk nach Wien kam und erfuhr, daß die Pretiosen der Ketterl genau beschrieben seien, bestellte er die Höchsmann nach Breslau, nahm ihr dort die Pretiosen der Ketterl ab und vernichtete dieselben; einen Theil ließ er abändern.

Aus dem Verhöre Schenks über diesen Fall ist die nachstehende Aeußerung desselben sehr charakteristisch. Auf die Frage des Präsidenten, wie er, Schenk, mit der Ketterl bekannt geworden sei, entgegnet derselbe: „Da Sie mich als verlogenen Menschen hinstellen, ist es schade, wenn ich etwas spreche. Verurtheilen werden Sie mich so wie so; ich weiß, daß ich mein Leben verwirkt habe. Ich werde nicht reumüthig. Verurtheilen Sie mich, aber ich lasse mich nicht quälen." — Der Präsident erwähnt, wie schon einmal angedeutet, des Briefes Schenks aus dem Kerker an die Höchsmann, worin er sie ersucht, ihm Gift zu verschaffen, wovon er unmittelbar vor der Hinrichtung Gebrauch machen werde. „Welch Nimbus, wenn ich dem Henker entrinnen und bis zum letzten Augenblick aushalten würde!" heißt es in demselben. — Es folgte nun eine tiefbewegende Szene. Emilie Höchsmann erschien als Zeugin, die unglückliche, des Mitgefühls würdige Geliebte Hugo Schenks. Emilie Höchsmann ist ein schlankes junges Mädchen von angenehmen Gesichtszügen. Sie ist einfach, aber distinguirt gekleidet. Schenk bleibt in unbeweglicher Haltung und beide wenden die Blicke von einander ab. Der Vorsitzende ersucht die Zeugin, welche sich im Zustande der Schwangerschaft befindet, auf einem Sessel Platz zu nehmen und beginnt sodann ihr Verhör, wobei er stets in den Ausdrücken: „Fräulein" und „Dame" von ihr spricht. Die Empfindung, die Schenk für Frl. Höchsmann zu hegen schien, ist das einzige Menschliche in ihm, der einzige schwache Lichtschimmer in tiefer Dunkelheit. Und dennoch war auch sie sein Opfer. Aus den Konstatirungen des Präsidenten war zu entnehmen, daß Schenk auch als Don Juan die unerhörtesten Verführungskünste anwendete, daß er nach einander List, Heuchelei, schauspielerische Darstellung, Gewalt gegen sie angewendet, daß er unerschöpflich in der Wahl seiner Mittel war. Der Präsident und der Staatsanwalt legten gegen die Arme, welche durch Hugo Schenk ein so hartes Schicksal erlitten, die größte Rücksicht, ja Achtung an den Tag. Nach ihrer Vernehmung erhob sich die Höchsmann, um den Saal zu verlassen. Sie wankte auf Schenk zu und wollte ihm, der sich gegen sie vorbeugte, die Hand zum Abschiede drücken. Allein mit Donnerstimme fuhr der Präsident dazwischen: „Treten Sie ihm nicht näher, hüten Sie sich vor der Berührung mit diesem Manne!" Den Augen des Mädchens entstürzten Thränen; es zog die Hand langsam zurück und stürzte mehr als es ging, aus dem Saale. Minutenlang währte die tosende Erregung im Zuschauerraume, bis der Präsident endlich zur Ruhe winkte und eine kurze Unterbrechung eintreten ließ. Alsbald verbreitete sich das Gerücht, die Sitzung sei deshalb unterbrochen worden, weil man vermuthete, daß Emilie Höchsmann versucht habe, ihrem Geliebten gelegentlich dieser Szene Gift zuzustecken. Allein dieses Gerücht bestätigte sich nicht.

Nach der Pause begann die Verhandlung über die Fälle Josephine Eder und Rosa Ferenczy. Im Oktober 1883 faßte Hugo Schenk neue Pläne. Er wurde durch Annoncen mit Josephine Eder, einem Stubenmädchen, bei der in Hietzing wohnenden Privaten Hedwig v. Malfatti, und mit der Dienstmagd Rosa Ferenczy bekannt. Während es ihm gelang, die Eder so vollständig unter seinen Willen zu beugen, daß sie ihre gütige Herrin verließ, zu Schenk zog und dann Fräulein v. Malfatti gelegentlich eines Besuches bestahl, faßte er den Entschluß, die Ferenczy zu morden. Die von der Anklage behauptete Verleitung der Josephine Eder zum Diebstahle trützt sich auf die bezügliche Aussage der Eder und das Geständniß des Hugo Schenk, der selbst zugiebt, die Eder dadurch zum Stehlen bewogen zu haben, daß er ihr vorspiegelte, er werde sie heirathen, er hätte eine Fabrik gekauft und brauche zu dem Unternehmen Geld, welches durch die Diebstähle beschafft werden müsse. Josephine Eder, welche zu Schenk große Zuneigung gefaßt hatte, wurde in seinen Händen zum fast willenlosen Werkzeuge. Diesem Umstande und der Erwägung, daß er sie noch zu weiteren Diebstählen gebrauchen könne, verdankt es Josephine Eder wahrscheinlich, daß sie von Hugo Schenk wenigstens dermalen noch nicht auf die Proskriptions-Liste der zu Ermordenden gesetzt wurde. Die auf Veranlassung Schenk's von der Eder bei Malfiatti gestohlenen Pretiosen sind mehr als 300 fl. werth. — Die Vernehmung der Eder war nur von kurzer Dauer; auch diese Unglückliche erregte allgemeines Bedauern.

Bei der am 29. Dez. an der Rosa Ferenczy vollbrachten Mordthat hatte Schenk wieder in Karl Schlossarek einen Helfershelfer. Hugo Schenk, der wußte, daß die Rosa Ferenczy ein Sparkassenbuch besaß, mußte die Ausübung dieser Mordthat, angeachtet ihm dieses Frauenzimmer schon in der Seele zuwider war, deshalb so lange hinausschieben, weil das Sparkassenbuch der Rosa Ferenczy verloren und die Amortisirung eingeleitet war. Nachdem es der Ferenczy gelungen war, die nöthigen Papiere zur Behebung der Einlage zu erhalten, und nachdem sich Hugo Schenk in den Besitz dieser Papiere gesetzt hatte, wurde mit der Ausführung der That nicht mehr gezögert. Es war hiezu schon früher eine einsame Gegend am Donau-Ufer bei Wolfsthal in der Nähe von Preßburg ausersehen worden. Unter dem Vorwande, daß ein Trauzeuge in Preßburg wohne und daß die Hochzeit in Preßburg gefeiert werde, reiste Rosa Ferenczy, die nun glaubte, am Ziele ihrer Wünsche angelangt zu sein, mit Hugo Schenk und Karl Schlossarek nach Preßburg. Unter dem Vorwande eines in Wolfsthal abzuwickelnden Geschäftes begab sich die Gesellschaft am 29. Dez. nachmittags nach Wolfsthal. Als der Rückweg angetreten wurde, war es bereits finstere Nacht. An der vorher genau ausgesuchten Stelle wurde die Ferenczy, die ahnungslos in der Mitte der zwei Männer dahinschritt, mit der hiezu mitgenommenen Hacke erschlagen und die Leiche in die Donau geworfen. Hugo Schenk leugnet zwar, an die Ferenczy unmittelbar Hand angelegt zu haben, und will glauben machen, Schlossarek habe den tödtlichen Streich allein geführt. Nachdem Schenk unmittelbar bei der That, wenn auch nur als Aufpasser mitgewirkt hat, würde diese Verantwortung die Behauptung der Anklage nicht alteriren. Schlossarek sagt jedoch ausdrücklich, daß auch Hugo Schenk mit der Hacke auf die bereits auf dem Boden liegende Ferenczy Hiebe geführt habe. Die Mordgenossen kehrten nach Wien zurück, wo die Sparkasse-Einlage von 384 fl. 24 kr. behoben und das Geld und die Habseligkeiten der Ferenczy getheilt wurden. Karl Schenk, der zwar nicht mitgewirkt, doch Kenntniß von der That gehabt hat, erhielt vom geraubten Gute einen Koffer voll Effekten, daher ihm diesbezüglich eine zweite Theilnahme am Raube zur Last fällt.

Die Verhandlung über diesen Fall mußte gestern abgebrochen und heute fortgesetzt werden. In dem heutigen Verhöre sagt Schlossarek aus, er habe, wenn er sich in Geldverlegenheiten befand, Hugo Schenk gedroht, ihn anzuzeigen. Die Idee der Ermordung der Rosa Ferenczy sei von Hugo Schenk ausgegangen, an der Ausführung des Planes seien er und Schenk in gleichem Maße betheiligt gewesen.

Die Beweisaufnahme wurde hierauf geschlossen. Der Präsident konstatirte dann, daß Hugo Schenk unter verschiedenen Namen noch mit 8 Frauenzimmern in Korrespondenz stand. Unter denselben befand sich auch die Wittwe des Generals v. Laibach.

Während des Plaidoyers blieb Hugo Schenk theilnahmslos, während Karl Schenk und Schlossarek weinten.

Um 5½ Uhr erfolgte die Urtheilspublikatin unter enormem Andrange des Publikums. Der Präsident verkündet: Im Sinne der Anklage werden Hugo Schenk, Karl Schlossarek und Karl Schenk schuldig erkannt und zum Tode durch den Strang verurtheilt. Die Justifikation ist in folgender Reihe vorzunehmen: Karl Schenk, Schlossarek, Hugo Schenk. — Die beiden ersteren hörten das Urtheil mit gesenktem Blicke an, Hugo Schenk sah frech drein.

Bei Karl Schenk bat der Vertheidiger mit Rücksicht auf die Familie Begnadigung zu beantragen. (Beifall im Publikum.)

Nach anderthalbstündiger Begründung des Urtheils fragte der Vorsitzende die Verurtheilten, ob sie das Urtheil verstanden und ob sie noch etwas vorbringen oder dagegen appelliren wollten. Hugo Schenk antwortete mit fester Stimme: „Ich bin zufrieden mit dem Urtheil des hohen Gerichtshofes, ich appellire nicht!" — Schlossarek war unschlüssig, wie betäubt, er sprach lange nichts. Nach einer Weile wandte er sich zum Vertheidiger, darauf stammelte er kaum hörbar: „Ich appellire nicht!" — Karl Schenk athmete tief und stieß mit gepreßter Stimme hervor: „Auch ich nehme das Urtheil an!"

Die Delinquenten wurden abgeführt und ein Schauerdrama, wie ein solches seit langem vor keinem Gerichte sich abgespielt, war zu Ende.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* Berlin, 14. März. Weizen 20,00—20,50 M., Roggen 15,00—15,20 M., Gerste 19,80—20,00 M., Hafer 15,60—16,20 M. (gute Sorte). Rüböl pro 100 Kilogr. 4,75—5,50 M., Heu 5,60—8,00 M., Erbsen 22,00—32,00 M., Speisebohnen, weiße, 24,00—48,00 M., Linsen 30,00—54,00 M., Kartoffeln 3.75—5,25 M. per 100 Kilogr. Rindfleisch 1,10—1,40 M., Schweinefleisch 1,00—1,40 M., Kalbfleisch 1,10—1,50 M., Hammelfleisch 1,00—1,30 M., Butter 1,80—2,30 M. per 1 Kilogr. Eier 60 Stück 2,50—3,00 M.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18840318028/fragment/page=0002